



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Die Lage in Holland.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

die Rede sein; wir können sie höchstens in zwei Gruppen scheiden, von denen die eine die kosmopolitisch-russische, die andere die panslawistisch-russische Livree trägt, welche beide russische Nuancen am Hofe in Petersburg vertreten sind. Hauptrepräsentanten der ersten Alliance sind der „Golos“, der „Nasz Wjek“ (unsere Zeit), die „St. Petersburskije Wjedomosti“ (St. Petersburger Nachrichten) und die „Birschewije Wjedomosti“ (Börsennachrichten), deren ehemaliger Eigenthümer Trapeznikow ausländische Korrespondenten warb, sie gut zu honoriren versprach, und wenn sie für ihn gearbeitet hatten, ihnen keine Kopete bezahlte, und mehrere andere. Die Repräsentanten der zweiten Schattirung sind der „Russkij Mir“ und das „Nowoje Wremje“ (die Neue Zeit). Auf Befehl oder „Weisung“ schreiben aber alle, wie es der Regierung gut dünkt. Rattkows Blatt in Moskau, die „Moskowskije Wjedomosti“ (Moskauer Nachrichten) wird für ein der sogenannten „altrussischen Partei“ dienendes Blatt gehalten; es veröffentlicht jedoch ebenfogut Artikel in der jungrussischen Richtung, wenn sie ihm von Oben zum Drucke gegeben werden. Alle russischen Blätter, mit Ausnahme des für die Mittelklassen berechneten „Syn Atjetschestwa“ (Sohn des Vaterlandes), sind ungemein theuer und deshalb nur den begüterten Klassen zugänglich. Der „Golos“ kostet beispielsweise in Rußland 16 Rubel 17 Kopeten, im Auslande 26 Rubel 20 Kopeten jährlich und ebensoviel (oder nahezu soviel) kosten andere große russische Zeitungen.

Nur das sei hier noch bemerkt, daß in Folge der Unfälle der russischen Armee auf dem asiatischen und europäischen Kriegsschauplatz die russischen Zeitungen vor Kurzem ein Wenig aufzubegehren anfangen. Es soll ein konstitutioneller Hauch durch Petersburg wehen, und deshalb merken die Preßinquisitoren nicht, daß die Zeitungen gelegentlich die Heeresleitung tadeln. Diese Herren scheinen bei jeder Niederlage den Kopf vollständig verloren zu haben.

Die Lage in Holland.

Von den öffentlichen Verhältnissen der Niederlande ist selten in weiteren Kreisen die Rede. Gegenwärtig aber, wo nach vielen Schwierigkeiten ein neues Ministerium ernannt, die liberale Parthei unter Umständen wieder an's Ruder gelangt ist, welche die Möglichkeit eines gewissen zeitgemäßen Umschwungs nahe legen, erscheint es an der Zeit, einen kurzen Blick auf die Lage und Aussichten Hollands zu werfen.

Zwei Punkte haben seit einer Reihe von Jahren die Gemüther dort vorzugsweise beschäftigt: seit 1866 die Frage der Landesvertheidigung und seit 1872 kirchenpolitische Fragen.

Eine seltsame Besorgniß vor einer deutschen Invasion hatte sich seit 1870 des Landes bemächtigt, welches schon 1866, und damals besonders wegen seiner Ueberfluthung mit österreichischen Papieren, nicht auf Preußens Seite gestanden hatte. Diese Besorgniß wäre nicht so auffallend groß geworden und hätte nicht so lange andauert, wenn sie nicht durch klerikal-konservative Kreise aufgebauscht und genährt wäre; denn im Grunde entsprang die Besorgniß nur aus dem Gefühle großer Ohnmacht des Landes gegenüber einem Nachbarstaate, welcher so außerordentliche Erfolge erzielt hatte. Man erkannte jetzt besser, wie unendlich weit man noch in Holland von den Anfangsgründen praktischer militärischer Verhältnisse entfernt war. Die ganze Aufmerksamkeit wandte sich, in derselben Weise wie in Dänemark, auf die Verbesserung der Anstalten zur Küstenvertheidigung und auf die Umbildung sowie Vermehrung des Landheeres. Jene Anstalten sollten sich aber schon bald auf die Befestigung von Amsterdam beschränken, gleichwie auch in Dänemark die Befestigung der Hauptstadt die erste Rolle spielte. Nach mehrjährigem Zwiespalte zwischen Regierung und Landesvertretung kam das Befestigungsgesetz erst im März 1874 zu Stande, und selbst als es sich um die Ausführung handelte, entstanden neue Streitigkeiten; dem Zustandekommen des Militärgesetzes aber haben sich bis jetzt die größten Schwierigkeiten entgegengestellt. Kein Kriegsminister vermochte sich infolge dessen lange im Amte zu halten. Als solche folgten sich seit 6 Jahren rasch auf einander: Engelwaart, Delprat, Graf Limburg-Stirum, Brocq, Weizel, Enderlein, Taalman Rip, Beyen und jetzt Roo van Aldwerett. Keiner von ihnen konnte es der Landesvertretung recht machen, weil diese sich zur Bewilligung der Mehrkosten nicht zu entschließen vermochte. Und doch hatten sich die Genannten die größte Mühe gegeben, die schwierige Aufgabe zu lösen, mit geringen Mitteln eine hohe Vertheidigungsfähigkeit zu erzielen. Die Ablehnung eines Planes bezüglich der Einkommensteuer hatte schon 1872 sogar den Rücktritt des ganzen Ministeriums herbeigeführt, und noch im vorigen Jahre, am 16. Juni, lehnte die zweite Kammer eine Novelle zum Milizgesetze ab; sie konnte sich nicht einmal zu der vorgeschlagenen Erhöhung der jährlichen Aushebung von 11,500 auf 14,000 Mann verstehen! Infolge dessen nahm das konservative Ministerium Hemskerk seine Entlassung, die Liberalen waren aber wegen Uneinigkeit nicht im Stande, die ihnen angebotene Bildung eines Ministeriums fertig zu bringen. Die Folge war die Fortdauer eines Systems, durch welches die zeitgemäßen Fortschritte des Landes schon zu lange gehemmt waren und das Ansehen der Staatsgewalt schon bedenklich geschädigt ist.

Durch den nach dem Ende des deutsch-französischen Kriegs von der Staatsgewalt in Deutschland aufgenommenen kirchenpolitischen Streit fühlten bekanntlich nach und nach alle Staaten der alten und neuen Welt, welche mehr oder weniger unter dem ultramontanen Drucke litten, sich zu ähnlichem Vorgehen ermuntert. Ueberall sahen wir Versuche, Rom's Joch abzuschütteln, nur in diesem, Deutschland benachbarten Staate nicht, in welchem doch der Ultramontanismus zu großer Macht gelangt war.

Diese auffallende Erscheinung hat ihren Grund darin, daß die starke konservative Partei in Holland es mit den Ultramontanen hält, sodaß eine Bekämpfung der Kurie nur den in sich gespaltenen Liberalen überlassen war. Der kirchenpolitische Streit in Deutschland regte schon 1872 die Ultramontanen in Holland gewaltig auf. Sie schienen zu fühlen, daß nun auch hier der Staat sich aufraffen und ihren Uebergriffen ein Ende machen werde. Als Vorspiel hierzu sahen sie die im Februar 1872 erfolgte Aufhebung der Gesandtschaft beim Papste an und sie ließen sich durch ihre tiefe Verstimmung dazu hinreißen, die am 1. April stattfindende glänzende National-Jubelfeier der Einnahme Brielle's durch die Wassergeusen zu stören. Der König war darüber so entrüstet, daß er sich sehr derb gegen diese klerikale Kundgebung aussprach.

Nun ereignete es sich aber, daß gerade in dem Augenblicke, wo die Staatsgewalt die Zurückweisung der ultramontanen Uebergriffe hätte unternehmen können, derjenige Staatsmann starb, welcher wegen des Ansehns, in dem er bei fast allen Parteien stand, noch am ehesten hierzu berufen gewesen wäre, Herr Thorbecke. Das ihm folgende Ministerium de Vries galt als entschieden liberal, dasselbe war aber wegen mangelnder Unterstützung der Kammern von vornherein sehr gehemmt. Als die zweite Kammer am 24. August 1873 bei Berathung des Militärgesetzes sogar die Abschaffung des Einstehersystems ablehnte, trat dieses Ministerium zurück und es kam nun zu Versuchen, ein konservativ-klerikales Ministerium zu bilden; dieselben scheiterten jedoch, das bisherige Ministerium trat wieder in Thätigkeit.

Seitdem waren die Klerikalen weiterhin unablässig bemüht, an die Regierung zu gelangen; sie wurden wesentlich unterstützt durch die orthodoxen Protestanten und verlangten nach einem neuen Wahlgesetze, wonach die Hälfte der Abgeordneten aus Katholiken, die andere Hälfte aus Protestanten bestehen sollte. Mit Hilfe der Orthodoxen würden sie dann ständig die Mehrheit gehabt haben. Die fünf Bischöfe des Landes ergingen sich nicht minder wie die Belgiens in starken Kundgebungen für die durch die Waigesetze betroffenen deutschen Bischöfe. Jetzt erst fing die zweite Kammer an, auf die klerikale Gefahr aufmerksam zu werden und aus Besorgniß, daß der klerikale Einfluß

auf dem Lande zu sehr steigen würde, lehnte sie einen Theil des Gesetzes über Herabsetzung des Wahlcensus ab. Das Ministerium de Bries trat ab und das konservativ-klerikale Ministerium Hemskerk trat am 16. Juni 1874 ins Amt.

Von nun an rückte die kirchenpolitische Frage in den Vordergrund. Die Furcht vor Deutschland begann sehr abzunehmen und demgemäß traten auch die militärischen Fragen zurück. Der Streit drehte sich besonders um die Frage, ob konfessionslose oder konfessionelle Schule. Für oder gegen Rom war der Schlachtruf bei den Ergänzungswahlen vom Juni 1875. Die Liberalen erhielten dabei die Mehrheit, diese aber brachte das Ministerium gleichwohl nicht bei einer kirchlichen, sondern bei einer Eisenbahnfrage vorübergehend zu Fall. Erst im April 1876 handelte es sich um eine kirchliche Frage; allein die liberale Mehrheit war so unbesonnen, bei Verathung des Gesetzes über die Reorganisation des höheren Unterrichts eine Bestimmung zu genehmigen, wonach die Privat-Universitäten oder katholischen Seminare der Staatsaufsicht nicht unterworfen sein sollten. Das Ministerium Hemskerk trat zwar, nach Ablehnung des Militärgesetzes im Juni v. J. zurück; allein Herr Cappeyne van de Kapello vermochte ein liberales Ministerium nicht zu Stande zu bringen. Hemskerk trat wieder ein und schickte sich an, ein Volksunterrichtsgesetz vorzulegen, durch welches die Schulen ganz in klerikale Hände kommen würden; auch legte er ein Wahlgesetz vor, welches durchaus nicht im Sinne der Liberalen war.

Da trat eine wesentliche Aenderung ein. Die Ergänzungswahlen zur zweiten Kammer fielen am 13. Juni 1877 zu Gunsten der Liberalen aus, da die Besorgniß vor den Klerikalen weitere Kreise ergriffen hatte. Diese Wahlsiege wurden im Aug. d. J. noch erweitert durch den Ausfall der Nachwahlen zur Erneuerung der Gemeindevertretungen. Die zweite Kammer hat denn auch gleich nach ihrer Eröffnung am 17. Sept. nichts Eiligeres zu thun gehabt, als in der Adresse auf die Thronrede gegen die Grundsätze des Ministeriums in der Schulfrage zu protestiren. Die Ministerkrisis dauerte lange, von dem endlich zu Stande gebrachten liberalen Ministerium Cappeyne hängt es nun ab, die ersten entscheidenden Schritte gegen den Klerus zu thun und zu zeigen, daß dem Lande nicht von Außen, sondern von Innen Gefahr droht.